

Dies ist die HTML-Version der Datei <http://www.cda-bund.de/themen/globalisierung/globalisierung.doc>.
Google erzeugt beim Web-Durchgang automatische HTML-Versionen von Dokumenten.

Die Antwort auf Globalisierung: Globale Verantwortung und Solidarität

Die zweite Auflage dieses Positionspapiers wurde in der vom
CDA-Bundesvorstand eingesetzten Kommission

Globale Verantwortung und Solidarität

erarbeitet von:

Dr. Christian Bäumler, Wolfgang Becker, Bernhard Breuer,
Horst Gorgs, Heidemarie Kästner, Kai Köllermann,
Doris Leven, Reinhard Markus, Dr. Bernhard Niemann,
Martin Pils, Friedrich Schnorrenberg,
Uwe Schummer, Michael Wulff

beschlossen in der Sitzung des **CDA-Bundesvorstandes** am
24. November 2000 in Königswinter

Herausgeber:

CDA-Hauptgeschäftsstelle
Postfach 04 01 49 • 10061 Berlin
Oranienburger Str. 65 • 10117
Berlin

Tel.: (030) 30 87 77-0
Fax: (030) 30 87 77-77
eMail: info@cda-bund.de
<http://www.cda-bund.de>

Inhalt:

”Demokratie bedeutet Macht des Volkes. Jeder von uns ist ein Teil des Volkes. Macht bedeutet Verantwortung. Jeder von uns muss sich bewusst sein, dass er mitverantwortlich ist auch für das gesamte politische, und wirtschaftliche Geschehen.”

Konrad Adenauer

Vorwort zur zweiten Auflage

Die CDA Rhein-Sieg-Kreis hat mit der Einbringung ihres Globalisierungspapiers ”Globale Verantwortung und Solidarität” auf der CDA Bundestagung in Lübeck einen Meilenstein in der Programmatik politischer Parteien und Vereinigungen gesetzt. Die Delegierten haben die Situation der Lohnabhängigen in den weniger entwickelten Ländern der Welt als Problem erkannt und mit der Verabschiedung des Textes als Positionspapier das Augenmerk der Politik auf dieses häufig verdrängte Thema gelenkt.

Denn wir brauchen verbindliche soziale Standards für Familien und Arbeitnehmer überall in der Welt. Eine gerechte gesellschaftliche Ordnung kann mit Aussicht auf Erfolg nur mit dem christlichen Verständnis von Menschenwürde, den Grundsätzen der Subsidiarität und Solidarität geschaffen werden. Dies bedeutet auch, dass die Arbeitnehmerrechte und das soziale Netz in Europa beispielhaft bleiben müssen.

Die vom CDA Bundesvorstand eingesetzte Kommission hat in der zweiten Auflage den Brückenschlag zwischen den entwickelten und den weniger entwickelten Ländern ergänzt um Forderungen zur Kontrolle der internationalen Finanzmärkte und der Migration. Sie kam auch zu der Überzeugung, dass die These des Papiers, die Politik solle die Rahmenbedingungen der Selbsthilfe verbessern, nicht nur für Entwicklungsländer gilt. Die Globalisierung hat es notwendig gemacht, die Sozialpolitik weltweit zu diskutieren. So ist es konsequent, dass wir auch einen Abschnitt zur Sozialpolitik im Zeichen der Globalisierung eingefügt haben.

Dr. Christian Bäumler

Aus dem Vorwort der ersten Auflage:

Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Sie umfasst Freiheit und Verantwortung in gleicher Weise. Beides lässt sich nur sichern, wenn die Prinzipien der Subsidiarität und der Solidarität die Entscheidungen prägen. Hilfe kann danach in der Regel nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Die Hilfe sollte nach Möglichkeit darauf abzielen, die Menschen in die Lage zu versetzen, sich selbst zu helfen. Für die Politik bedeutet das: die Strukturen und Rahmenbedingungen in der Weise zu verbessern, dass Freiheit und Verantwortung möglichst aller Menschen gesichert sind und Selbsthilfeanstrengungen nicht behindern.

Verantwortung, Subsidiarität und Solidarität ergänzen sich gegenseitig. Sie dienen sowohl der Förderung des Einzelnen als auch der Gemeinschaft. Sie ermöglichen die Wahrnehmung von Eigenverantwortung und der Verpflichtung des Einzelnen gegenüber der Gemeinschaft. Deshalb muss auch jede Wirtschaftsordnung an eine Sozialordnung und eine Rechtsordnung gebunden sein. Im Gegensatz zum Sozialismus und auch im Gegensatz zur freien Marktwirtschaft sucht die Soziale Marktwirtschaft den notwendigen sozialen Ausgleich durch Ordnungspolitik in Verbindung mit der Priorität der christlichen Sozialethik vor unternehmerischem Gewinnstreben und reinem Egoismus.

Der Vorrang der Menschenwürde vor dem Markt muss wieder selbstverständlich werden. Wirtschaftsethik darf sich nicht auf Gewinnmaximierung beschränken.

Die Öffnung aller Märkte führt früher oder später zu einem einzigen weltumspannenden Markt. Darauf muss Politik sich schon heute vorbereiten und sich – auch in regionalen und internationalen Verhandlungen der Nationen miteinander - darum bemühen, dass in Bezug auf Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, politische Partizipation und sozial orientierte marktwirtschaftliche Ordnung in allen Ländern Fortschritte erzielt werden. In diesem Sinne will in dem folgenden Text der Begriff der "Globalen Verantwortung" verstanden werden: Was anderswo geschieht, passiert auf demselben Globus, den wir alle bewohnen.

Rainer Eppelmann
Ehrenvorsitzender der CDA

Was bedeutet Globalisierung?

Globalisierung findet auf verschiedenen Ebenen statt. Da sie vor allem aber als wirtschaftlicher Prozess wahrgenommen wird, der alle Bereiche des Lebens – positiv und negativ - beeinflusst, Politik und Kultur eingeschlossen, sollen wirtschaftliche Aspekte der Globalisierung als erste betrachtet werden:

Die wirtschaftliche Globalisierung und einige ihrer Wirkungen

Die Märkte öffnen sich, mit der Folge, dass sich Veränderungen von Handel, Produktion und Investitionen weltweit auswirken können:

1. Produktion: Für Produktionsstätten braucht heute bei der Standortsuche auf nationale Grenzen immer weniger Rücksicht genommen zu werden, um sie dorthin zu verlagern, wo die Produktion gewinnbringender erscheint. Internationale Arbeitsteilung gibt den Entwicklungsländern Arbeitsplätze; durch Spezialisierung haben sie vielleicht die Chance, unentbehrlich zu werden. Andererseits kann eine technische oder organisatorische Verbesserung in einem anderen Land dazu führen, dass Produktionsstätten wieder geschlossen werden. Dann kann die eben beginnende wirtschaftliche Entwicklung für jene Arbeitslose, die nicht mehr in tradierte Selbstversorgungsstrukturen zurückkehren können, in extreme Armut umschlagen.

2. Investitionen in anderen Ländern bewirken Kapitalflüsse und Arbeitsplatzverlagerungen, die vertraute Vorstellungen über wirtschaftliche Entwicklung in Frage stellen. Investitionsströme erreichen heute auch Entwicklungsländer, die für die Weltwirtschaft noch zu Anfang des Jahrhunderts bedeutungslos waren. In Bezug auf Direktinvestitionen können viele Entwicklungsländer durch niedrige Lebenshaltungskosten auch mit technologisch hochentwickelten Ländern in Standortkonkurrenz treten, da die Löhne extrem niedrig sind und vieles erlaubt scheint, was etwa in Deutschland nicht zulässig wäre und von den Einrichtungen des Rechtsstaates verhindert werden würde. Für Entwicklungsländer ist es jedoch nicht ungefährlich, wenn Investoren die Missachtung der Menschenrechte, mangelhafte wirtschaftliche und politische Partizipation insbesondere der Armen und der Arbeitnehmer, schwache Regierung, korrupte Behörden und fehlende soziale Sicherung für Standortvorteile halten und entsprechend nutzen.

Besonders typisch für "Globalisierung" ist das ungeheure auf den Börsen rund um die Welt vagabundierende Anlagekapital. Denn viele Anleger sind im Grunde weder an Rohstoffen noch an Produktion interessiert, sondern an der Rendite der Geldanlage; diese jedoch hängt ihrerseits weniger von der Qualität der Unternehmen ab, als von den (Über)-Reaktionen der Börsen auf Produktionsschwankungen, Dividenden, Wechselkurse, Gerüchte und "Analysen", die sich von (nicht immer richtigen) marktwirtschaftlichen Glaubenssätzen leiten lassen. Anlagekapitale können neuen Unternehmen in Entwicklungsländern Geldduschen bescheren und ihrer Entwicklung förderlich sein.

Doch kommt es vor, dass die unkontrolliert über Landesgrenzen fließenden Kapitalströme aufstrebende Volkswirtschaften anfangs maßlos überbewerten und dann durch plötzlichen Kapitalentzug zusammenbrechen lassen.

3. Handel: Die Wirtschaft hängt in wachsendem Maße vom Außenhandel ab, weil zunehmend sachlich zusammenhängende Produktionsprozesse auf mehrere Länder verteilt und durch Außenhandel vermittelt werden.

Das setzt nationale Wirtschaften der internationalen Konkurrenz aus. Die Folgen sind Innovationszwang, aber auch Konkursgefahr wegen technologischem Rückstand und Kapitalmangel sowie die Gefahr hoher Arbeitslosigkeit. Das gilt für alle Länder, doch haben Industrieländer bessere Chancen, die Vorteile zu nutzen und die Gefahren auf ärmere Länder abzuwälzen.

Wichtiger noch ist der Einfluss von Handelsbeschränkungen auf das Gedeihen nationaler Volkswirtschaften: Zölle und "nichttarifäre Handelshemmnisse" (Einfuhrbeschränkungen, freiwillige Export-Selbstbeschränkungsabkommen und vieles mehr). Während die Industrieländer ihren Protektionismus nur langsam abbauen, werden die Entwicklungsländer von privaten Investoren, Weltbank, Internationalem Währungsfond, der Welthandelsorganisation und Regierungsberatern gedrängt, ihre protektionistischen Maßnahmen abzubauen: damit wird die eigene Wirtschaft schutzlos.

Zusammenfassend heißt "Globalisierung der Wirtschaft": Arbeitsteilig differenzierte und international verteilte Produktionsprozesse, weltweit fließende und zum Teil geradezu vagabundierende Kapitalströme und internationale Verflechtung von Handelsbeziehungen haben alle nationalen Wirtschaften so miteinander vernetzt, dass jede Veränderung irgendeines die Wirtschaft beeinflussenden Faktors – sei es

im Außenhandel oder innerhalb eines Landes – Auswirkungen in anderen Ländern hat.

Besonders wurde das in jüngster Zeit an den Krisen in Asien, Russland und Brasilien deutlich.

Wirtschaftliche Globalisierung hat Auswirkungen auf die Politik

Kultur, Politik und Wirtschaft sind wechselseitig ineinander verwoben und beeinflussen sich gegenseitig.

Die Globalisierung gibt bisher vor allem der Wirtschaft in ihrem Verhältnis zur Politik zusätzliche Machtchancen. Schon allein die Umorganisation eines Produktionsprozesses dergestalt, dass die Wirtschaft eines Landes am Produktionsfluss nicht mehr beteiligt ist, kann eine kleinere nationale Volkswirtschaft zum Erliegen bringen, ganz zu schweigen von den weltumkreisenden Anlagekapitalströmen.

Politiker unterliegen leicht der Versuchung, das von ihnen regierte und vertretene Land als Wirtschaftsstandort anzupreisen. Menschenrechtswirklichkeit, Rechtsstaatlichkeit, die Qualität der Behörden, Bildungs-, Gesundheits-, Verkehrs- und Kommunikationswesen, das Parteiensystem und das gesamte Gefüge der politischen Partizipation sowie die Wirtschaftsordnung bis hin zum kollektiven und individuellen Arbeitsrecht, und natürlich auch die sozialen Sicherungssysteme werden unter dem Aspekt angepriesen, ob sie der Wirtschaft nützlich sind. Die Versuchung, sie so zu gestalten, dass sie Investoren gefällt, wächst.

Jede Wirtschaftsordnung muss an eine Sozialordnung und eine Rechtsordnung gebunden sein. Im Gegensatz zum Sozialismus und auch im Gegensatz zur freien Marktwirtschaft sucht die Soziale Marktwirtschaft den notwendigen sozialen Ausgleich durch Ordnungspolitik in Verbindung mit der Priorität der christlichen Sozialethik vor unternehmerischem Gewinnstreben und reinem Egoismus. **Der Vorrang der Menschenwürde vor dem Markt muss wieder selbstverständlich werden. Wirtschaftsethik darf sich nicht auf Gewinnmaximierung beschränken.** Globale Verantwortung und Solidarität verlangen, die Soziale Marktwirtschaft auch außerhalb der deutschen Grenzen verständlich zu machen und im Dienste des wirtschaftlichen und sozialen Friedens global zu vertreten.

Globalisierung der Kommunikation verändert Macht und Einfluss

Ein weiteres Wesensmerkmal der Globalisierung ist die atemberaubende Entwicklung der modernen Informations- und Kommunikationstechniken.

Wir stehen an der Schwelle zum Wissenszeitalter. Nicht mehr nur Öl und Erz sind die entscheidenden Rohstoffe, sondern Wissen, Bildung, Phantasie und Kreativität. Information wird immer mehr zu bestimmenden Ressource und Ware. Die Möglichkeiten zur Beschaffung, Verarbeitung und "Veredelung" von Information werden durch die modernen Kommunikations- und Informationstechniken in atemberaubender Weise gesteigert. Der Zugang und die Nutzung der Informationstechniken werden im 21. Jahrhundert im Mittelpunkt unternehmerischen Handelns stehen.

Rasant fortschreitende technische Möglichkeiten und der extreme Rückgang der Übertragungskosten von Informationen als Text, Bild und Ton führen dazu, dass der Transport von Wissen und Ideen immer schneller, umfassender, kostengünstiger und globaler wird als je zuvor. Weltweites Arbeiten rund um die Uhr am gleichen Objekt ("Global Engineering Networks") ist keine Utopie, sondern Alltag. Das Internet ermöglicht einen schnellen Datenaustausch und die Kommunikation im "world-wide-web" (www), also weltweit, in Sekundenschnelle. Nachrichten werden elektronisch als E-Mail verschickt. Brieflaufzeiten spielen keine Rolle mehr. Die Zahl der Nutzer mit Internetanschlüssen steigt ständig.

Das Recht auf Bildung des Einzelnen muss um das **Recht auf freien Zugang und freie Nutzungsmöglichkeit der neuen Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten** ergänzt werden.

Die Industriegesellschaft wandelt sich im Kommunikations- und Wissenszeitalter. Neue Informationssysteme und -Technologien bringen einen erheblichen Globalisierungsschub, an dessen Anfang wir stehen. Die entstehende Informationsgesellschaft und Informationswirtschaft entzieht sich dabei weitgehend einer nationalen Regulierung. Alle Regionen der Welt sind zur Zeit von der Aufbruchstimmung in die globale Informationsgesellschaft erfasst.

Die Globalisierung der Kommunikation wird Auswirkungen auf die vertrauten Herrschaftsstrukturen haben. Denn die Macht von Organisationen hängt unmittelbar mit der Informationsverarbeitung zusammen: die schnelle Übermittlung der entscheidungsrelevanten Informationen, neue Formen organisationsinterner Kommunikation, schnelle Weitergabe von Weisungen an die Empfänger in aller Welt und nicht zuletzt die Informationen darüber, ob und wie Anweisungen befolgt wurden, sind eine Frage schneller Informationsweitergabe. Öffentliche wie private Herrschaftsstrukturen haben die Chance, effiziente Informations- und Kommunikationsstrukturen aufzubauen. Demokratisch gewählte Institutionen haben zunehmende Mühe, mit dieser Entwicklung Schritt zu halten und gegebenenfalls regulierend einzuwirken.

Globalisierung beeinflusst die Politik der Nationen

Im Zuge der zunehmenden Globalisierung verlieren nationale Grenzen, räumliche und zeitbedingte Distanzen zunehmend an Bedeutung. Weltweite Finanz- und Informationsströme gelangen in immer kürzeren Zeiten zu ihren Empfängern. Folge der zunehmenden Globalisierung ist, dass immer mehr nationale Probleme nicht mehr nur national betrachtet und gelöst werden können, weil sie globale Ursachen und Wirkungen haben.

Interessen, Privilegien, Machtstrukturen, überlieferte Vorstellungen, Normen und Animositäten sowie nicht zuletzt die internationalen Rahmenbedingungen können einer wirkungsvollen Problembewältigung im Wege stehen. Aber Armut, ausuferndes Bevölkerungswachstum, Ressourcenverbrauch, Klimaveränderungen, Entwaldung, Bodenerosion und Wüstenbildung, Wasserknappheit und Luftverschmutzung, Abfallentsorgung, Krankheiten, Seuchen und Drogenanbau, nicht zuletzt Migration sind Probleme, die sich nicht national eingrenzen lassen, sondern die Welt in ihrer Gesamtheit betreffen. Einzelne Länder haben bei der Bewältigung dieser Probleme große Schwierigkeiten: Meist reichen die eigenen Ressourcen nicht aus für effiziente Gegenmaßnahmen.

Schon im Interesse des eigenen Überlebens sind alle Nationen gezwungen, über eigene Grenzen hinwegzusehen.

Kein Staat kann auf die Dauer seine Eigeninteressen auf Kosten der anderen verfolgen, ohne letztendlich selbst darunter zu leiden.

Sicherheit und Wohlstand hängen davon ab, dass wir mit unseren Nachbarn auf der Einen Welt dauerhafte Partnerschaften zum beiderseitigen Nutzen aufbauen und erhalten.

Nationale Politik trägt globale Verantwortung

Globalisierung legt auch der deutschen und europäischen Politik die Verantwortung dafür auf, sich über die Probleme anderer rechtzeitig zu informieren, über geeignete Problemlösungen nachzudenken und im Rahmen der Möglichkeiten an Lösungen mitzuwirken.

Eine dem christlich-sozialen Menschenbild verpflichtete Politik muss die Entwicklungen aufmerksam verfolgen und darauf achten, dass Politik durch die Globalisierung nicht entmachtet wird. Denn im Zuge der Globalisierung wird es immer schwieriger, national und international eine christlichen Prinzipien

verpflichtete Politik durchzuhalten.

Das Bewusstsein, dass sich globale Probleme wie Armut und Unterentwicklung, Bedrohung der Umwelt, Bevölkerungswachstum und seine Folgen letztlich nur im Rahmen der Völkergemeinschaft lösen lassen, wächst weltweit. Dies manifestierte sich zum Beispiel auch in der Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio, auf der die Agenda 21 beschlossen wurde, in der Menschenrechtskonferenz in Wien und in der Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung in Kairo.

Die Globalisierung lässt sich nicht zurückdrehen, bietet aber **Chancen für politische Gestaltung**, die genutzt werden müssen.

Unser Konzept für Globalisierung: Globale Verantwortung und Solidarität.

Darin sehen wir heute die Aufgabe der **CDA** und aller, deren Selbstverständnis sie wie uns in die Pflicht nimmt, **am Menschen Maß zu nehmen!**

Forderungen an die Politik

Maßnahmen am Menschen bedeutet für die Politik vor allem, die Würde des Menschen, seine Freiheit und seine Selbstverantwortung zu respektieren. Hilfe bedeutet deshalb in der Regel: Hilfe zur Selbsthilfe.

Der Politik fällt die Aufgabe zu, jene Strukturen ändern zu helfen, die die Menschen an Selbsthilfe hindern.

Selbsthilfe behindernde Strukturen sind insbesondere Beschränkungen der Meinungs-, Vereins-, Koalitions-, und Pressefreiheit, Mängel der Rechtsstaatlichkeit, Beschränkungen der Teilhabe und Teilnahme am politischen Leben. Selbsthilfe wird auch erschwert durch das Verweigern von Grund- und Allgemeinbildung, Aus- und Fortbildung, schließlich auch durch Wettbewerbsbeschränkungen, die es nicht nur in Planwirtschaften gibt, die vielmehr auch als Folge von Monopolbildungen auftreten.

Deshalb sind die Garantie der politischen und sozialen Menschenrechte, Teilnahme und Teilhabe am politischen Leben, Rechtsstaatlichkeit, Bildung und sozial orientierte marktwirtschaftliche Ordnung die Rahmenbedingungen, die es zu verbessern gilt, um nachhaltige Entwicklung in Frieden zu ermöglichen.

Die **CDA** fordert, dass die deutsche Außenpolitik, Rechtspolitik, Finanzpolitik, Wirtschaftspolitik und Entwicklungspolitik am gleichen Strang ziehen, sich gegenseitig unterstützen, in ihren Leistungen sinnvoll ergänzen und ein gemeinsames Konzept entwickeln. Besonders den konkreten Zielen der Armutsbekämpfung einschließlich der Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer, der Friedenssicherung, des Umweltschutzes und der Bevölkerungspolitik muss Vorrang eingeräumt werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, die Mitgliedschaft Deutschlands in Internationalen Organisationen, wie Weltbank, Internationaler Währungsfond, UNO, Internationale Arbeitsorganisation (IAO) und anderen konsequenter zur Durchsetzung dieser Ziele nutzen.

In vielen Bereichen, erweisen sich die nationale und internationale Politik oft als nur bedingt handlungsfähig. Wo der außenpolitische Dialog durch den Grundsatz der "Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten" an seine Grenzen stößt, können Nichtregierungsorganisationen (NROs), Kirchen und politische Stiftungen mit der nötigen Unterstützung durch ihre subsidiäre Hilfe zur Selbsthilfe erhebliche Kräfte mobilisieren und auch Einfluss auf die Verbesserung der für Selbsthilfe erforderlichen Rahmenbedingungen nehmen. Unverzichtbar sind sie auch für die auf globale Verantwortung und Solidarität zielende Bildungsarbeit in Deutschland.

Armutsbekämpfung

Die Bekämpfung der Massenarmut ist eine Aufgabe, die wir aus humanitärer Verantwortung und internationaler Solidarität wahrnehmen müssen; sie ist zugleich auch die Voraussetzung für jeglichen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Fortschritt. Armutsbekämpfung liegt in unserem eigenen Interesse, weil Armut zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, zu weiterem Bevölkerungswachstum und zu Wanderungsbewegungen beiträgt. Armut stellt eine Bedrohung für die politische, wirtschaftliche und ökologische Stabilität in der ganzen Welt dar.

Armutsbekämpfung kann aber nur Erfolg haben, wenn gleichzeitig Verbesserung auf den Gebieten der

- politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte,
- Rechtsstaatlichkeit,
- politischen Teilhabe,
- sozialen Orientierung der marktwirtschaftlichen Ordnung und der
- Entwicklungsorientierung des Regierungshandelns

erreicht werden. Die Erfahrungen von mehr als vier Jahrzehnten deutscher Entwicklungsanstrengungen haben gezeigt, dass dies unverzichtbare Rahmenbedingungen der Entwicklung sind. Daraus folgt die Notwendigkeit, alle Maßnahmen in das hohe Ziel einzubinden, die **Rahmenbedingungen zu verbessern**.

Armutsbekämpfung bedeutet deshalb, unter Achtung der Würde und der Freiheit anderer Völker und des Grundsatzes der Subsidiarität, solidarisch durch Rat und Tat zur Änderung besonders jener Rahmenbedingungen beizutragen, die die Armen an der Überwindung ihrer Armut hindern. Darum fordert die **CDA** insbesondere:

1. Eigentumsverfassungen müssen im Rahmen der Kultur den Bedürfnissen und Möglichkeiten auch der Armen entsprechen: z.B. darf Grundeigentum nicht solche formalen Akte und sonstige Hürden voraussetzen, die nur die Oberschicht überwinden kann.
2. Der Zugang zu öffentlichen Gütern wie Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, Trinkwasser, sanitäre Einrichtungen, Transportwesen, Telekommunikation und andere darf den Armen nicht durch komplizierte Formulare, hohe Kosten, Korruption oder sehr weite Wege verwehrt werden.
3. Breites Grund- und Allgemeinbildungsangebot mit dem Lernziel, eigene Bedürfnisse zu artikulieren, die Bedürfnisse anderer zu verstehen und die vorhandenen Institutionen zu nutzen.
4. Breitgefächerte berufliche und schulische Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten.
5. Wettbewerbsverfassung und Wettbewerbssicherung; dazu gehören Verbesserung der Nachfragemacht kleiner Produzenten auf dem Beschaffungsmarkt, Verbesserung der Angebotsmacht schwacher Anbieter gegenüber Nachfragemonopolisten und der Abbau von Informationsdefiziten über Waren, Produkte, Märkte, Bestimmungen, Technologien etc.
6. Verbesserter Zugang zu Krediten und Absicherung von Risiken.
7. Hilfe bei der Integration der außerhalb des geltenden Rechts stattfindenden Produktion und Vermarktung (sogenannter "informeller Sektor") in die Wirtschafts- und Sozialordnung.
8. Abbau der politischen Ohnmacht der sozial Ausgegrenzten und der von Ausgrenzung Bedrohten, denn sie ist in einem sich laufend verschlimmernden Teufelskreis sowohl die Folge der Ausgrenzung als auch Ursache dafür, dass sich die Strukturen weiter zu Ungunsten der Armen verändern.
9. Erhöhung des für selbsthilfeorientierte Armutsbekämpfung vorgesehenen Anteils in den nationalen und europäischen Haushalten.
10. Stärkere Orientierung an der "20 : 20 Regelung", wonach 20 % der Budgets der Entwicklungs- und Transformationsländer und 20 % der Entwicklungshilfe von Industrieländern für soziale Infrastrukturmaßnahmen aufgewendet werden sollen.

Verbesserung der Lage der Lohnabhängigen

Unterschiedliche Menschenrechtspolitik in den Regionen der Einen Welt gerade auf dem Gebiet des

Arbeits- und Sozialrechts bewirken länderübergreifende Arbeitsmarktverwerfungen und Migrationsbewegungen. Sie belasten damit auch Unternehmen – in welcher Region auch immer – mit Risiken, die sie nicht kalkulieren können.

Mit der Einrichtung von sog. "Freien Produktionszonen" erbringen die Entwicklungsländer erhebliche Vorleistungen, die meist finanzielle Anreize für die Auslagerung von Unternehmen aus den Industrieländern in die Entwicklungsländer bieten. Dies ist dann bedenklich, wenn die **wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und bürgerlichen Rechte** der dort tätigen einheimischen Bevölkerung nicht der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte entsprechen und z.B. Mindeststandards der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) nicht eingehalten werden. Sinnvoller wäre eine angepasste, nachhaltige Entwicklung dieser meist ländlichen Regionen.

Die Industrieländer einschließlich Deutschlands leisten viel zur Förderung von Klein- und Mittelbetrieben in ärmeren Ländern. Dies ist sinnvoll; aber **nicht jeder Arme kann Unternehmer werden**. Globalisierung bedeutet auch Verantwortung für die Lage der Arbeitnehmer über die nationalen Grenzen hinaus: Noch arbeiten in Entwicklungsländern Arme im Rahmen "freiwilliger" Arbeitsverträge oft unter Bedingungen, die nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte in Verbindung mit internationalen Übereinkünften der Internationalen Arbeitsorganisation sogar bei Zwangsarbeit verboten wären.

Schutz vor Gesundheitsgefährdung, Begrenzung der zeitlichen und physischen Arbeitsbelastung auf ein menschenwürdiges Niveau, Verhinderung von Kinderarbeit und vieles andere bis hin zu angemessenem Lohn können nicht erreicht werden ohne individuelles und kollektives Arbeitsrecht und funktionierende Arbeitsgerichtsbarkeit. Diese Faktoren sind somit unverzichtbare Rahmenbedingung der Entwicklung. Deshalb fordert die **CDA**:

1. alle Maßnahmen der Ressorts, die sich in anderen Ländern auswirken, im Rahmen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zu orientieren sowohl am Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte ("Bürgerpakt" vom 16. Dez. 1966) als auch am Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ("Sozialpakt", ebenfalls 16. Dez. 1966).
2. Unterstützung der Vertragsstaaten der IAO mit Rat und Tat bei der Umsetzung ihrer in den Übereinkünften der IAO eingegangenen Verpflichtungen. Länder, die die Übereinkünfte der Internationalen Arbeitsorganisation unterzeichnet haben, sollten sich gegenseitig bei der Verwirklichung der vereinbarten arbeits- und sozialrechtlichen Ziele unterstützen.
3. Als ein Land, das sich zur Einhaltung der IAO-Übereinkünfte verpflichtet hat, darf Deutschland weder private noch staatliche oder internationale Maßnahmen unterstützen, welche die arbeits- und sozialrechtlichen Bedingungen in einem anderen Land verschlechtern. Deshalb sollten auch die Vergabekriterien für die staatliche Absicherung von Handelskrediten, z.B. Hermes-Bürgschaften, überprüft werden.
4. Gezielte Maßnahmen zur Verbesserung der Rahmenbedingungen von Lohnarbeit; dazu gehören
 - a) Verminderung der einseitigen Abhängigkeit der Arbeitnehmer, zum Beispiel durch
 - Erhaltung und Verbesserung von Selbstversorgungsmöglichkeiten,
 - Aufbau sozialer Sicherungssysteme,
 - Kapitalbildung in Arbeitnehmerhand;
 - b) Hilfe beim Aufbau sozialpartnerschaftlicher Institutionen auf Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite; selbstverwaltete Sozialfonds zur Schaffung von Arbeitsplätzen;
 - c) Hilfe beim Aufbau einer von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sowie insbesondere von der Exekutive unabhängigen Arbeitsgerichtsbarkeit;

d) Förderung des Erfahrungs- und Gedankenaustausches zwischen einschlägigen Institutionen und Experten aus anderen Ländern und Deutschland.

Ethisch und volkswirtschaftlich ist die Notwendigkeit des Arbeitsrechtes und der Sozialpartnerschaft untermauert in der christlichen Soziallehre und in den wissenschaftlichen Begründungen der Sozialen Marktwirtschaft. Das Recht der Arbeit gehört zu den wesentlichen Elementen der modernen Industriegesellschaft. Ausgewogene und gerechte arbeitsrechtliche Bestimmungen sind Grundlage sozialer Sicherheit und sozialen Friedens.

Internationale Migrationspolitik ist erforderlich

Eine vollständige Liberalisierung der internationalen Migration erscheint unrealistisch. Obwohl der Eindruck entstanden ist, dass die Bevölkerungsbewegungen außer Kontrolle geraten, ist die an vielen Orten praktizierte Eindämmungs- und Abschottungspolitik weder ethisch vertretbar noch trägt sie zur Problemlösung bei. Stattdessen sollte ein internationales Abkommen zur Schaffung von politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine freiwillige und geordnete Migration verabschiedet werden. Daran besteht internationales Interesse, denn Arbeitsmigration ist millionenfache Tatsache und von vielen Ländern, auch von uns, durchaus gewünscht, weil volkswirtschaftlich notwendig.

Die Migrationspolitik darf nicht auf wirtschaftliche Fragestellungen reduziert werden, sondern muss den Menschen in den Mittelpunkt stellen. Politische Flüchtlinge müssen deshalb weiterhin in Deutschland Aufnahme finden.

Es muss Aufgabe einer langfristigen internationalen Migrationspolitik sein, auch die Entwicklungsländer zu gleichberechtigten Partnern der weltwirtschaftlichen Integration zu machen. Migrationspolitik ist untrennbar mit dem Abbau der Handelshemmnisse und der Entschuldung verbunden. Der weltweite Protektionismus muss abgebaut werden; denn Entwicklungsländer benötigen vor allem mehr Handel. Marktwirtschaftliche Strukturanpassungen sollten von Anfang an darauf gerichtet sein, allen mehr Wohlstand zu bringen, anstatt weitere Armut zu verursachen, die dann von wohlthätigen Hilfsorganisationen oder aus Steuermitteln der Entwicklungshilfe abgedeckt werden. Entwicklungspolitik kann auch in konkreten Fluchtsituationen und bei der Vorbereitung sowie Durchführung von Repatriierungsmaßnahmen eine wichtige Rolle spielen.

Als Ziel muss langfristig die Beeinflussung des Wanderungsverlaufs anvisiert und mittelfristig Reintegrationsmaßnahmen unterstützt werden.

Internationale Arbeitsmigration

Die Gesamtzahl der WanderarbeitnehmerInnen liegt weltweit bei 120 Millionen und wächst weiter.

Insbesondere die sozialen Probleme - hervorgerufen nicht zuletzt durch wirtschaftliche Strukturreformen - werden immer mehr Menschen ermutigen oder zwingen, zur Arbeitssuche ins Ausland zu gehen. Diese ist kein neues Phänomen; die größten Menschenbewegungen hat es zwischen 1815 und 1915 gegeben.

Hauptbeweggrund, ins Ausland zu gehen, ist die Möglichkeit, gute Arbeitsplätze zu finden und bedeutend mehr zu verdienen - auf allen Einkommensebenen und in vielen Branchen. Unterschiedliche Lebensstandards und volkswirtschaftliche Entwicklungen erklären die Richtung(en) der Migrationsbewegungen.

Sinkende Reisekosten und verbesserte Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten erleichtern die Entscheidung, ins Ausland zur Arbeitssuche zu gehen.

Dabei verlieren nicht selten ganze Regionen potentiell treibende Kräfte für den eigenen wirtschaftlichen Aufbau; den eigentlichen Vorteil haben die Gastländer!

Sozialer und politischer Druck entsteht, wenn sich die "Gastländer" mehr und mehr gegen Neuankömmlinge sträuben. Dadurch werden illegale Einwanderung und Menschenhandel begünstigt.

Sich der Globalisierung stellen, heißt auch, einmal darüber nachzudenken, wie geschlossen die Grenzen eines Nationalstaates künftig noch sein sollen oder können. Es reimt sich nicht zusammen, auf der einen Seite die Globalisierung zu begrüßen und von den Chancen sprechen, die sie bietet, andererseits jedoch die Grenzen für Menschen zu schließen.

- Aus christlich-sozialer Sicht muss die globalisierte Wirtschaft menschenwürdige Arbeit für alle auf dieser Welt schaffen und die Arbeit zum Menschen bringen statt umgekehrt.
- **Die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte der Wanderarbeiter und ihrer Familienmitglieder der UN vom 18.12.1990, die WanderarbeitnehmerInnen geregelte Aufenthalts- und Lebensperspektiven ermöglicht, muss weltweit Gültigkeit erlangen.**
- Auch arbeits- und tarifrechtliche Sonderregelungen in Free-Trade-Zones dürfen die Bestimmungen der internationalen Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) – zum Beispiel "gleicher Lohn für gleiche Arbeit" - nicht unterschreiten.
- Der Menschenhandel muss gestoppt werden.
- Die Schaffung eines internationalen Sozialsystems bzw. einer internationalen Arbeitsgerichtsbarkeit muss angedacht werden.
- Die Bereitschaft der Arbeitsmigranten, Geld in ihre Heimat zu schicken und eines Tages selbst in die Heimat zurückzukehren, sollt im Interesse innovationsfördernder Prozesse in den Heimatländern unterstützt werden.
- Durch Strukturanpassungsprogramme von Weltbank und IWF darf in Zukunft niemand mehr ärmer werden.

Eine für beide Seiten gewinnbringende Zuwanderung kann es nur dann geben, wenn die Zuwanderer die Sprache sowie die Normen und Regeln des Zusammenlebens im jeweiligen Gastland beherrschen und respektieren.

Sozialpolitik im Zeichen der Globalisierung

Die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft geht einher mit der Forderung nach dem Abbau sozialer Leistungen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft und die Arbeitslosigkeit sind vermeintlich Kriterien, aus denen sich zwingend eine Abkehr von der bisherigen Sozialpolitik in Europa ergibt.

Die Sozialversicherung nach dem Modell Bismarcks, die überwiegend durch Sozialabgaben finanziert wird, steht ebenso wie das skandinavische Modell der steuerfinanzierten Sozialleistungen auf dem Prüfstand. Globalisierung ist in der politischen Diskussion zu einem Schlüsselwort geworden, das Türen öffnet um den Sozialstaat abzubauen, Arbeitnehmerrechte – insbesondere die Mitbestimmung – einzuschränken und den Flächentarifvertrag in Deutschland in Frage zu stellen.

Die Anhänger der reinen Marktwirtschaft bevorzugen das angelsächsische Modell sozialer Sicherung, das vorwiegend auf private Vorsorge setzt. Dies wird mit der im Vergleich zur Europäischen Union deutlich geringeren Arbeitslosigkeit in den USA begründet. Ein Grund für die Bevorzugung des angelsächsischen Modells ist die deutlich niedrigere Abgabenbelastung und die damit einhergehenden größeren Gewinnchancen für die Unternehmen. Eine niedrige Abgabenbelastung führt jedoch nicht automatisch zu einer höheren Wettbewerbsfähigkeit und einer höheren Beschäftigungsquote.

Deutschland exportiert pro Kopf der Bevölkerung – unabhängig vom aktuellen Wechselkurs – mindestens dreimal so viel wie die USA. Bei international gehandelten Gütern ist die Beschäftigungsquote in den meisten europäischen Staaten sogar leicht höher als jenseits des Atlantiks, was eine direkte Folge der stärkeren Wettbewerbsposition ist. Eine Wirtschaft, die infolge höherer sozialer Standards stärker mit Abgaben belastet ist als ihre Konkurrenten, muss ihre Arbeitskräfte effektiver einsetzen und auf kontinuierlichere Innovationen setzen.

Die Soziale Marktwirtschaft setzt Unternehmer voraus, die auf die Qualifikation und Motivation ihrer Mitarbeiter und nicht auf blinde Kostensenkung setzen.

Auf der anderen Seite ist die Beschäftigungsquote bei den lokal gehandelten Gütern, zu denen auch Dienstleistungen zählen, in Deutschland und Frankreich deutlich geringer als in den Vereinigten Staaten. In der politischen Diskussion wird jedoch häufig übersehen, dass die Beschäftigungsquote der skandinavischen Länder in diesem Bereich ebenso hoch ist wie in den USA. Skandinavien finanziert seine sozialen Leistungen überwiegend mit Steuern. Dies lässt den Schluss zu, dass die eigentliche Ursache für die Unterbeschäftigung in diesem Bereich nicht die Höhe der Abgabenquote insgesamt, sondern die einseitige Belastung der abhängigen Arbeit ist. Eine stärkere Steuerfinanzierung des Sozialstaats (Übernahme versicherungsfremder Leistungen) oder eine Verbreiterung der Beitragsbemessungsgrundlage (auf Kapitaleinnahmen und Mieten) könnte hier Abhilfe schaffen, ohne den Sozialstaat über Bord zu werfen.

Ein funktionierender Sozialstaat stärkt die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft: Soziale Sicherheit ist die unverzichtbare Voraussetzung für ein erfolgreiches Bildungssystem und gibt die notwendige Grundlage für Innovationen und Fortschritt.

Die europäische Sozialpolitik mit allen ihren Ausprägungen kann deshalb weiterhin Modellcharakter für den Aufbau sozialer Sicherungssysteme in den Entwicklungsländern haben. Deutsche und europäische Sozialpolitik sollte sich deshalb weiter an der Idee der Sozialen Marktwirtschaft orientieren und die Rahmenbedingungen der privaten Vorsorge verbessern, aber nicht allein auf die private Vorsorge setzen.

Fairer Wettbewerb und fairer Handel

Die Welthandelsorganisation ("World Trade Organisation", WTO) wird als Gremium zur Überwachung fairen Handels angesehen. Wer Recht hat, kann dies jedoch bei der WTO nur durchsetzen, wenn er dafür auch genügend Geld hat. Wegen der hohen Prozesskosten können sich Entwicklungsländer in den meisten Fällen gegen protektionistische Attacken der Handelsriesen EU, USA und Japan nicht wehren, oft nicht einmal Patentklagen finanzieren. Industrieländer haben es ärmeren Ländern gegenüber sehr viel leichter, dadurch verliert die WTO ihre Glaubwürdigkeit. Daher fordert die **CDA**, dass arme Länder durch geeignete Maßnahmen - etwa durch ein unabhängiges Beratungsinstitut und durch die Einrichtung eines Prozesskostenhilfsfonds - **faire Chancen in der WTO** erhalten.

Der Agrarbereich muss weltweit grundlegend reformiert werden. Es geht nicht an, dass z.B. in Europa sowohl die Produzenten als auch der Export subventioniert werden, weil auf dem Weltmarkt diese Subventionen Dumpingpreise ermöglichen, die der Landwirtschaft und der Fischerei der Entwicklungsländer keine Chance lassen. Die Landwirte in den sich entwickelnden Ländern müssen faire Preise für ihre Produkte bekommen.

Dem weltweiten Wettbewerb muss ein ordnungspolitischer Rahmen gesetzt werden, der Monopole verhindert und einen **gerechten Wettbewerb** garantiert.

Globale Finanzpolitik

Mindestens 40 Länder der Erde haben bei staatlichen, überstaatlichen und bei privaten Geldgebern so hohe Schulden, dass sie durch den Schuldendienst in unerträglichem Ausmaß belastet sind und keine Chance haben, ihre Schulden je vollständig zu bezahlen.

Die Ursachen der Verschuldung sind vielfältig. Vor allem die Verschlechterung der Welthandelspreise hatte viele Länder gezwungen, Kredite aufzunehmen. Aber auch Dürrekatastrophen, Unwetterkatastrophen, Bürgerkriege und auch Korruption haben zu Verschuldungen geführt; nicht zuletzt haben private Geldgeber durch Finanzierung von Fehlinvestitionen dazu beigetragen, dass zwar die Schulden, nicht aber die Einnahmen der Schuldnerstaaten gestiegen sind.

Aus globaler Verantwortung und Solidarität mit den Armen in überschuldeten Ländern müssen Auswege aus der Situation gefunden und sichergestellt werden, dass Kapitalflüsse in arme Länder deren Entwicklung fördern statt sie zu behindern. Dem Schuldner wieder auf die Beine zu helfen, ist moralisch geboten, zugleich auch ökonomisch sinnvoller als unbegrenzte "Schuldknechtschaft".

Entschuldungsmaßnahmen müssen an die Voraussetzung geknüpft werden, dass auf den Gebieten der politischen, sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Menschenrechte, der Rechtsstaatlichkeit, der Teilhabe am politischen Leben und einer sozial orientierten marktwirtschaftlichen Ordnung in der Vergangenheit Fortschritte erzielt wurden. An Entschuldungsmaßnahmen soll aber auch die Bedingung geknüpft werden, künftig den Zielen der Armutsbekämpfung einschließlich der Verbesserung der Lage der Arbeitnehmer, der Bildung, der Friedenssicherung und dem Umweltschutz Vorrang einzuräumen.

Teile der Schulden sollten in einen Gegenwertfonds eingezahlt werden, der zur Finanzierung von Hilfsmaßnahmen im eigenen Lande dient; an den Maßnahmen, die daraus finanziert werden, sind die Kirchen, politischen Stiftungen, Selbsthilfeinstitutionen und Nichtregierungsorganisationen angemessen zu beteiligen.

Schuldenerleichterungen dürfen nicht für Rüstungszwecke missbraucht werden; außerdem darf Schuldenerlass nicht zu Lasten der Entwicklungszusammenarbeit erfolgen.

Um die Überschuldung armer Länder künftig zu vermeiden, sollte die deutsche Politik darauf hinwirken, dass in Zukunft öffentliche und private Geldgeber Verschuldungsgrenzen beachten. Während die EU-Länder sich darauf verständigt haben, dass die Schulden der Mitgliedstaaten 60 % des Bruttosozialproduktes (BSP) nicht übersteigen dürfen, haben sie zugelassen, dass Entwicklungsländer zum Teil wesentlich höher verschuldet wurden.

Länder, die vorerst aus eigener Kraft nicht lebensfähig sind, sollten nicht durch immer weitere Kredite noch höher verschuldet werden, sondern stattdessen Zuschüsse erhalten, die nicht zurückgezahlt zu werden brauchen.

Weiter ist darauf zu achten, dass der mit der Verschuldung verbundene Schuldendienst nicht die Eigenanstrengungen der Länder zur Verbesserung im Sozial- und Bildungsbereich unmöglich macht. Derzeit haben einige besonders arme Länder infolge des Schuldendienstes nur noch "Luft" in Höhe von weniger als 1 % des BSP. Die **CDA** fordert, dass **der Schuldendienst 20% des BSP nicht überschreiten darf**.

Aber auch die internationalen Finanzmärkte müssen politisch kontrollierbar werden, da sie zu Rezession, Arbeitslosigkeit und Inflation führen können, und weil Krisen des Finanzsystems immer wieder zu Lasten der Steuerzahler gehen, während Spekulanten die Krisengewinner sind.

Eckpunkte für die Kontrolle der internationalen Finanzmärkte

Ausgangslage

Tag für Tag werden mehrere Billionen Dollar an den internationalen Finanzmärkten, insbesondere den Devisenmärkten umgesetzt. Die Markttransparenz geht durch eine Vielzahl von Finanzinnovationen ebenso verloren wie die Kontrollmöglichkeiten der nationalen Aufsichtsbehörden. Die Globalisierung und die mit ihr einhergehende Integration der internationalen Finanzmärkte erhöht den Wettbewerbsdruck auf die Akteure der international agierenden Investmentbranche (Banken, Versicherungen, Fonds und Finanzkonglomerate). Dies verleitet einen Teil der Teilnehmer an den Finanzmärkten, auf sinkende Renditen und Eigenkapitalausstattungen mit der Eingehung größerer Risiken zu reagieren. Dabei wird für den Ernstfall auf die helfenden Hände des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Notenbanken vertraut. Die Finanzmarktkrisen, die ihren Ursprung 1997 in Thailand hatten, und in den Folgemonaten auf Staaten Asiens, Lateinamerikas, Osteuropas und mit der Krise des Hedge Fond Long Capital Management auch auf die Industriestaaten übergesprungen sind, entstanden aus dem Zusammenwirken dieser Faktoren. Ein bis zwei Prozent Wirtschaftswachstum, mehrere hunderttausend Arbeitsplätze und einige Dutzend Milliarden Dollar an IWF-Geldern gingen durch diese Krisen verloren.

Schon 1974 wurde aus Anlass von Banken Krisen, wie dem Herstatt-Konkurs, von den G8-Ländern der Basler Bankenausschuss mit dem Ziel einer Regelung der Eigenkapitalausstattung privater Banken gegründet. Dieser Basler Akkord ist kein rechtlich sondern lediglich ein politisch verpflichtendes Abkommen zwischen den Zentralbanken und Aufsichtsbehörden der wirtschaftlich führenden Staaten.

Der sich aus der Globalisierung ergebende zunehmende Standortwettbewerb birgt dabei die Gefahr, dass die im Basler Akkord vereinbarten Mindestkapitalvorschriften von den nationalen Aufsichtsbehörden nicht konsequent durchgesetzt, sondern umgangen werden. Die sich aus dieser Konstellation ergebenden Risiken können nicht nur für die G8 sondern auch für die Entwicklungsländer zu einer konkreten Bedrohung werden, da deren Finanzsysteme in den meisten Fällen weit aus krisenanfälliger sind.

Forderungen

I. Globale Finanzmarktarchitektur

Unser Ziel ist eine internationale Finanzmarktarchitektur, in der die Risiken des globalen Kapitalmarkts transparent und kontrollierbar werden.

1. Der Basler Akkord muss in ein rechtlich verbindliches weltweites Abkommen über Mindestkapitalstandards transformiert werden. Alle Länder, die dem Basler Akkord beitreten, müssen als stimmberechtigte Mitglieder in die Entscheidungen des Basler Bankenausschusses einbezogen werden.
2. Die Mindestkapitalstandards des Basler Akkords müssen auf sämtliche Akteure der internationalen Finanzmärkte (Versicherungen, Fonds, Finanzkonglomerate) ausgeweitet werden.
3. Hedge Fonds müssen der Kontrolle durch die nationalen Bankaufsichten unterworfen werden. Ihre Kreditaufnahme sollte auf das Zehnfache ihres Eigenkapitals begrenzt werden.
4. Die Vorschriften über die Bestimmung des Kern- und des Ergänzungskapitals müssen weiter harmonisiert und enger gefasst werden. Bei Immobilien- und Aktienbeteiligungen muss vom Buch- und nicht vom Marktwert ausgegangen werden.
5. Für die Risikobewertung der Aktiva der Banken und Finanzinstitute muss das Risikobewertungsmodell des Basler Akkords verbindlich werden.
6. Das gesamte Risikoprofil eines Finanzinstituts muss von den nationalen Aufsichtsbehörden individuell geprüft werden. Arbitragegeschäfte und andere Umgehungen der Mindestkapitalvorschriften müssen in die Risikobewertung der Aktiva einbezogen werden.

7. Die Berichte des Sekretariats des Basler Bankenausschusses über die Einhaltung der Mindestkapitalstandards müssen jährlich veröffentlicht werden.
8. Bei der BIZ (Bank für internationalen Zahlungsausgleich) ist für Hedge Fonds eine Evidenzzentrale einzurichten, die Transparenz hinsichtlich deren Gesamtforderungsvolumen herstellen soll.
9. Finanzinnovationen (Derivate, Swaps) sind bei den nationalen Aufsichtsbehörden zu registrieren.
10. Währungspositionen, die von Banken oder anderen Finanzinstituten für sich selbst oder ihre Kunden gehalten werden, sind gegenüber den nationalen Aufsichtsbehörden offen zu legen.

II. IWF

Der internationale Währungsfond muss sowohl bei kurzfristigen Liquiditätsengpässen eingreifen, als auch langfristig die internationalen Finanzen stabilisieren helfen.

1. Beim IWF ist eine Kreditversicherungsgesellschaft einzurichten, die limitiert Kredite an Entwicklungsländer, die zuvor vom IWF überprüft wurden, garantiert. Die Finanzierung erfolgt über die **Tobin-Tax** (0,5 % auf Devisenumsätze).
2. Die Krisenprävention des IWF ist durch die Verbesserung des Finanzdatenflusses und frühzeitige Empfehlungs- und Maßnahmenkataloge des Währungsfonds zu stärken.
3. Kredite des IWF zur Krisenvorbeugung müssen unter Auflagen vergeben und deren Einhaltung ständig überwacht werden. Diese Kreditgewährung darf die ökologische und soziale Entwicklung der betroffenen Länder nicht beeinträchtigen.

III. Weltbank

Die Weltbank muss sich auf ihre ursprüngliche Aufgabe, Ländern, die keinen Zugang zum internationalen Kapitalmarkt haben, helfen, zurückkehren. Gegenwärtig kommen weniger als 25 % des Kreditvolumens der Weltbank diesen Ländern zu gute. Die Armutsbekämpfung muss für die Arbeit der Weltbank höchste Priorität haben.

1. Die Weltbank hat die Vergabe ihrer Mittel auf diejenigen Länder zu konzentrieren, für die es keine Alternative auf dem internationalen Kapitalmarkt gibt. Dabei sind sowohl Kredite für den Aufbau dieser Länder als auch direkte Zuschüsse für sozialpolitische Programme zu vergeben.
2. Die Weltbank muss ihre Forderungen gegenüber der Gruppe der am höchsten verschuldeten armen Länder abschreiben, um eine dauerhafte Entschuldung zu ermöglichen. Dabei sind die im Kapitel "Globale Finanzpolitik" aufgestellten Grundsätze zur Entschuldung besonders armer Länder zu beachten.

IV. Finanzsysteme in Entwicklungsländern

Der Aufbau stabiler Finanzsysteme in den Entwicklungsländern ist notwendig, damit diese nicht nur an den negativen sondern auch an den positiven Auswirkungen der Globalisierung teilnehmen können. Im Falle einer globalen Finanzkrise muss es den weniger entwickelten Ländern erlaubt sein, sich durch Kapitalverkehrskontrollen vor dem globalen Kapitalmarkt zu schützen.

1. In den Entwicklungsländern müssen unabhängige Zentralbanken und nationale Aufsichtsbehörden mit Hilfe der entwickelten Länder aufgebaut werden.
2. Der Finanzsektor in den Entwicklungsländern muss durch Professionalisierung, interne

Liberalisierung und Mobilisierung einheimischer Ressourcen (durch vertrauensbildende Maßnahmen) gestärkt werden.

3. Ärmeren Bevölkerungsgruppen muss der Zugang zu Krediten erleichtert werden.

V. Tobin Tax

Bereits Anfang der 70iger Jahre hat der Nobelpreisträger Prof. James **Tobin**, gefordert, Devisentransaktionen mit 0,5 % zu besteuern, sog. "**Tobin-Tax**", um die Finanzmärkte zu stabilisieren.

Nur bei einem Bruchteil der grenzüberschreitenden Kapitalflüsse handelt es sich nämlich um Arbeitsplätze schaffende Direktinvestitionen. Banken und Anlagefonds bewegen vielmehr auf dem globalen Kapitalmarkt Milliardenbeträge, die überwiegend dazu dienen, geringe Renditeunterschiede sowie Währungsschwankungen für schnelle Gewinne zu nutzen.

Während in Marktwirtschaften in der Regel eine Steuer fällig wird, wenn Geld den Eigentümer wechselt, nimmt es Wunder, dass der grenzüberschreitende Kauf und Verkauf von Miteigentumsanteilen, Wertpapieren und sonstigen Anlagen nicht besteuert wird. Zumal dabei stets auch wirtschaftliche Machtverlagerungen stattfinden, die von den nationalen Wirtschaftspolitiken kaum noch kontrolliert werden können.

Es muss ernsthaft geprüft werden, ob eine grundsätzliche Besteuerung grenzüberschreitender Kapitalflüsse mit einer Steuer von 0,5 % durchsetzbar ist. Mit dem Geld könnten z.B. Kredite an Entwicklungsländer und/oder an die kontinental arbeitenden regionalen Entwicklungsbanken finanziert werden. Wir fordern, dass die **Tobin-Tax** auf die Tagesordnung der Treffen der G7-Länder gesetzt wird.

Die Erhaltung der Umwelt

Umweltgefahren kennen keine Grenzen, deshalb kann Umweltpolitik nicht isoliert in nationalen Grenzen betrieben werden. Alle Länder tragen zur globalen Umweltbelastung bei - insbesondere die Industrieländer! So kommen ca. 80 % der die Erdatmosphäre belastenden Verschmutzungen aus den Industrieländern. Deren Agrarpolitik ist zudem ökologisch und ökonomisch fragwürdig. In der ehemaligen Sowjetunion und den Mittel- und Osteuropäischen Staaten wirkt die tiefgreifende Umweltzerstörung durch sozialistische Planwirtschaft fort. Abholzung und umweltzerstörende Produktionsweisen der Landwirtschaft, Industrialisierung und Verstädterung führen zu immer größeren Umweltschäden.

Die Folgen sind u.a. die Gefahr einer Klimakatastrophe, Gefährdung der Artenvielfalt, Überschwemmungskatastrophen durch Versiegelung von Flächen bzw. Eingriffe in Flusslandschaften bzw. Austrocknung ganzer Regionen. Bereits heute haben ca. 80 Länder erhebliche Wasserprobleme. Das wird zu Nahrungsmittelengpässen und Verteilungskonflikten um Wasser führen. Zunehmende Armut ist weniger Ursache als vor allem Folge der Verschlechterung der Umweltbedingungen.

Umweltprobleme sind das Ergebnis des Zusammenwirkens ökonomischer, ökologischer, sozialer, kultureller und politischer Faktoren. Weltweit mangelt es nicht an umweltpolitischen Absichtserklärungen, sondern **am Bewusstsein, am politischen Willen und am politischen Druck**. Insbesondere in den Industrieländern muss sich das Konsumverhalten ändern. Auch die Produktionsbedingungen müssen geändert werden.

Wo die Umwelt und lebenswichtige Grundlagen zerstört sind, sind auch die Grundlagen für soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde zerstört. Entwicklungsmodelle, die ohne Rücksicht auf den Erhalt der Umwelt allein auf wirtschaftliches Wachstum abzielen, zerstören viel mehr, als sie schaffen und sind daher inakzeptabel - weltweit!

Die **Agenda 21** hat das Ziel der "nachhaltigen Entwicklung" gesetzt.

Nachhaltige Entwicklung bedeutet, die Welt und die Umwelt so zu nutzen, dass auch künftige Generationen ihr Auskommen auf der Erde finden.

Die Agenda 21 muss von der Politik auf allen Ebenen als verbindlich anerkannt und unterstützt werden.

Auch die **CDA** wird dazu ihren Beitrag leisten.

Friedenssicherung

Frieden gibt es nur auf der Basis von Gerechtigkeit. Ursachen für Konflikte sind meist Ungerechtigkeiten.

Konfliktpartner mit Waffen zu versorgen, zerstört Entwicklungserfolge, Wirtschaftskraft und politische Partnerschaften. Diese Folgen wiederum vergrößern die Armut und heizen die Konfliktbereitschaft an. Zudem sind Kriegsfolgenreparaturen erfahrungsgemäß um ein Vielfaches teurer als friedliche Entwicklung; vor allem können sie erlittenes Leid nicht wieder gut und Tote nicht mehr lebendig machen.

Deutschland muss alles in seinen Kräften Stehende tun, damit **Konflikte gewaltlos gelöst werden, bevor es zu Gewaltakten kommt**. Dabei macht es erfahrungsgemäß keinen Sinn, nur die Gewalt zu verbieten und/oder zu sanktionieren, die Konfliktursachen aber ungelöst zu lassen, weil die Konflikte dann um so plötzlicher, emotionaler und unkontrollierbarer ausbrechen.

Mit zielstrebigem Unterstützung der Außen-, Wirtschafts-, Umwelt- und Rechtspolitik kann vor allem die Entwicklungspolitik, nicht zuletzt durch die Mitwirkung der Kirchen, politischen Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen zur gewaltfreien Bearbeitung von Konflikten beitragen, bevor diese sich in Gewalthandlungen entladen.

Die **CDA** fordert, mit den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit darauf hinzuwirken, dass

1. ... ein legitimes Monopol staatlicher Gewalt anerkannt wird, das für jede Friedensordnung von grundlegender Bedeutung ist.
2. ... das staatliche Gewaltmonopol rechtsstaatlich kontrolliert wird. Andernfalls wäre das staatliche Gewaltmonopol nichts anderes als ein Ausdruck der Diktatur.
3. ... demokratische Teilhabe und Teilnahme den Menschen die Möglichkeit bietet, auf das Geschehen einwirken zu können, damit kein Konfliktstau entsteht, der sich unter Umständen in Gewalt entlädt.
4. ... Diskriminierungen aller Art, ob nun nach Rasse, Ethnie, Religion, Sprache, Alphabetisierungsgrad, Wohngegend, Beruf, Geschlecht, Alter, Krankheiten, politischer Anschauung oder Besitz, entgegengewirkt wird. Dies gilt für alle gesellschaftlichen Bereiche.
5. ... bei der Anpassung der Wirtschaft an die Erfordernisse des Marktes keine Polarisierung von "immer reicher" und "immer ärmer" stattfindet, die den Reichen die Chance bringt, Privilegien zu erwerben, die den Armen vorenthalten werden und zu sozialer Ausgrenzung führen.

Die oben genannten Forderungen zur Bekämpfung der Armut, zur Verbesserung der Lage der Lohnabhängigen und zur internationalen Migration dienen deshalb zugleich der Sicherung des Friedens.

6. ... Marktwirtschaften an ordnungspolitische Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft gebunden

werden und außerdem keine Vormachtstellung gegenüber Politik, Kultur und Moral beanspruchen.

Nur bei einem Zusammenspiel mindestens dieser Faktoren kann eine politische Kultur friedlicher Konfliktbearbeitung entstehen.

Bevölkerungspolitik

Bevölkerungspolitik muss den Menschen in den Mittelpunkt stellen: Die Würde des Menschen, seine Freiheit und sein Selbstentscheidungsrecht dürfen nicht missachtet werden.

Bildung ist die Basis und Voraussetzung, dass dieses Selbstentscheidungsrecht mit voller Einsicht in die Realität wahrgenommen werden kann.

Erst soziale, wirtschaftliche und politische Stabilität gibt die Möglichkeit, dieses Selbstentscheidungsrecht wahrzunehmen.

Deshalb fordert die **CDA**:

- Jede Art von staatlichem Zwang bei der Familienplanung zu vermeiden bzw. einzustellen.
- Die Bildung und Aufklärung von Männern und Frauen als dringende Notwendigkeit anzuerkennen und durch spezielle Programme zu fördern.
- Die **Herstellung sozialer, wirtschaftlicher und politischer Stabilität**, insbesondere die **Überwindung der Armut** als Voraussetzung einer eigenverantwortlichen Familienplanung anzuerkennen.

Die Vorschläge haben einen gemeinsamen Nenner:

Auch in der globalisierten Welt ist die **Würde des Menschen** unantastbar, und wir tragen weiterhin die **Verantwortung** für uns selbst sowie für die Wirkungen, die unser Handeln woanders in der Welt hat. Im Rahmen des Prinzips der **Subsidiarität** verpflichtet uns die **Solidarität**, anderen zu helfen, soweit sie sich nicht selbst helfen können: **Hilfe zur Selbsthilfe**.

Dagegen wird die Missachtung von Menschenrechten, fehlende Rechtsstaatlichkeit, geringe politische Partizipation und eine Marktwirtschaft ohne Sozialbindung des Eigentums, ungenügende soziale Sicherung, ohne Tarifverträge und ohne Mitbestimmung allenfalls kurzfristige Unternehmenserfolge ermöglichen, aber kein verlässliches Wirtschaftswachstum und keine menschenwürdige Gesellschaft.

Gerade auch die Unternehmerschaft muss im Umgang mit dem Globalisierungsprozess ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden.

Globalisierung schränkt die politische Handlungsfähigkeit der Nationalstaaten ein: Wenn der Nationalstaat weiter aus der notwendigen Ordnungsfunktion, die sich gerade auch auf die Wirtschaft und auf die internationalen Informationsströme erstrecken muss, herausgedrängt wird, wird sich dies bald sehr negativ auswirken. Auf gemeinwohlorientiertes Gestalten des Staates kann nicht verzichtet werden. Notfalls müssen mehrere Staaten Verantwortung auf eine gemeinsame Institution delegieren. Die Stärkung der EU ist ein konsequenter Schritt.

Die Öffnung aller Märkte führt früher oder später zu einem einzigen weltumspannenden Markt. Darauf muss Politik sich schon heute vorbereiten und sich – auch in regionalen und internationalen

Verhandlungen der Nationen miteinander - darum bemühen, dass in Bezug auf Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, politische Partizipation und sozial orientierte marktwirtschaftliche Ordnung in allen Ländern Fortschritte erzielt werden.

**”Wir erstreben eine Politik,
die der Würde des Menschen den Vorrang vor
allen anderen Werten und Maßstäben einräumt,
denn der Mensch ist wichtiger als die Sache.”**

(aus der Offenburger Erklärung der CDA vom 9. Juli 1967)